

Umweltschutz im Unternehmen - Verantwortung und Chancen

Walter Hirche

ENTSORGA, 11.10.2016

Frankfurt/M.

Schon immer steht jedes Wirtschaftsunternehmen Tag für Tag vor neuen Herausforderungen. Wer erfolgreich unternehmerisch wirtschaften will, braucht immer ein besonderes Gespür nicht nur für technische Entwicklungen sondern auch für soziale und kulturelle Veränderungen von Umwelt und Gesellschaft.

Heute erleben alle Menschen Tag für Tag, wie schnell sich die Welt verändert. Klimawandel, Globalisierung, Digitalisierung und demographische Entwicklung beeinflussen sich gegenseitig und beschleunigen den Wandel. Die Menschen verändern die Welt schneller als je zuvor in der Erdgeschichte. Woche für Woche gibt es neue erschreckende Nachrichten zu den Folgen des Klimawandels, sei es nun das Abschmelzen des Eises an den Polen, Monster-Tornados, Flutkatastrophen oder die Ausbreitung der Wüsten. Die Migrationsströme aus Umweltgründen nehmen zu. Jüngster Hinweis auf die Folgen immer weiterer Ausbreitung der Menschheit ist die Meldung, dass in den letzten 20 Jahren die unberührten Flächen auf der Erde um 10% abgenommen haben, das ist eine Größenordnung in der Gesamtausdehnung Indiens.

Umweltpolitiker reden schon seit längerem davon, dass wir im Zeitalter des „Anthropozän“ leben, in einem Zeitalter, in dem der Mensch nicht nur lebt, sondern die Welt selbst entscheidend verändert. Wir leben nicht nur in Abhängigkeit von Entscheidungen unserer Vorfahren sondern prägen die Zukunft unserer Nachfahren weit stärker als jemals zuvor. Inzwischen diskutieren sogar Geologen, die die Erdgeschichte ja nach charakteristischen Erdablagerungen benennen, hochwissenschaftlich genau über die Frage, wie sehr der Mensch seinen Abdruck bereits geologisch verewigt hat. Ausgelöst wurde diesem Debatte, weil sich die Spuren menschlicher Umwelteinflüsse schon als Ablagerungen von Plastikmüll an Land und im Meeresboden nachweisen lassen, eben anthropozäne Basis-Sedimente.

Keinen Zweifel gibt es jedenfalls daran, dass der Mensch längst das dominierende Raubtier auf der Erde geworden ist. Unstrittig ist: Wir leben zulasten unserer Umwelt, zulasten unserer Enkel und zulasten anderer Regionen der Erde. Die Suche nach Orientierungslinien treibt deshalb viele Menschen um. Auch für Unternehmen ist die Frage existentiell, was wir heute tun müssen, um als Menschheit morgen noch eine Zukunft zu haben.

Unternehmerisches Handeln bedeutet immer, mit allen Risiken heute zu entscheiden, auf welchen Feldern, mit welchen Dienstleistungen morgen Erfolg erzielt werden kann. Kundeninteressen, Kostensituation, Wettbewerb und Marktentwicklung werden ausgelotet, um auch in Zukunft weiter Erfolg zu haben, denn daran hängt das Überleben der Betriebe, der Gewinn, der neue Investitionen möglich macht und der damit Arbeitsplätze sichert.

Betriebswirtschaftliche Effizienz und Effektivität bleiben selbstverständlich auch in Zukunft fundamentale Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften. Doch selbst in den personalintensiven Betrieben sind es längst nicht mehr allein Personal- oder Materialkosten oder reibungslose Produktionsabläufe, die den Erfolg im Markt bestimmen. Ebenso wichtig

und manchmal vielleicht viel wichtiger für den Markterfolg eines Unternehmens ist, ob es selbst erkennbar sozial und umweltpolitisch verantwortlich handelt.

Der kategorische Imperativ Immanuel Kants, jeder solle so handeln, dass sein Handeln allgemeines Gesetz sein könne, ist heute zur Messlatte auch für Unternehmen geworden. „Nachhaltiges Wirtschaften“ wird erfreulicherweise mehr und mehr zu einer allgemeinen Maxime unternehmerischen Handelns im Betrieb und im Markt.

Da inzwischen der Begriff „Nachhaltigkeit“ inflationär gebraucht wird, ist es notwendig, sich wieder an seine eigentliche Bedeutung zu erinnern, weil nur so der Rahmen klar ist, in dem sich auch Unternehmen bewegen müssen, sofern sie über den Tag hinaus Erfolg haben wollen. Eine der bekanntesten Definitionen des gesellschaftlichen Leitprinzips Nachhaltigkeit stammt von der sogenannten Brundtland-Kommission, einer Sonderkommission der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung aus dem Jahr 1987: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“ Konkret ist es das Gegenmodell zu einer Wirtschaft des „Ex und Hopp“, zur Wegwerfgesellschaft. Der europäische Weg, Fortschritt durch Externalisierung möglichst aller Kosten und Risiken zu organisieren, ist zur Sackgasse geworden. Die Risiken schlagen auf uns zurück, etwa wenn wir unfreiwillig den Konsummüll reimportieren.

Der Generalsekretär des Rates für nachhaltige Entwicklung (RNE), Günther Bachmann, nennt Plastik als charakteristisches Symbol für diese Mentalität. „Ohne Reformen wird im Meer 2025 eine Tonne Plastik auf drei Tonnen Fisch kommen.“ Bachmann sagt auch: „Plastik bedroht nicht nur Fische und Algen, sondern auch uns. Es ist in seinen kleinsten Teilen unsichtbar. Jeder müsste wissen, dass unsere Essgewohnheiten, portionierte Angebote zu kaufen, den Plastikfaktor erhöht, übrigens sind selbst Bio-Angebote in dieser Plastikfalle.“

Andere bildhafte Beispiele für nichtnachhaltiges Verhalten sind: Wer Bäume schneller fällt, als diese nachwachsen können, der verwüstet die Welt. Er sägt im Wortsinn den Ast ab, auf dem wir sitzen. Wer heute sein Leben auf Pump auslebt, der verschuldet sich bei den nachfolgenden Generationen. Wer alles haben will, und zwar sofort und grenzenlos, der trägt dazu bei, dass immer mehr immer weniger haben. Dann kommt bald nicht mehr der Fisch auf den Tisch, sondern nur noch die Gräten.

Das Fazit aus all dem ist, wir müssen wieder lernen, vom Ertrag unserer Ressourcen zu leben statt von der Substanz. Diese Feststellung richtet sich vor allem an die Bevölkerung in den Industrieländern des globalen Nordens, denn derzeit verbrauchen diese 20% der Weltbevölkerung 80% der weltweit verfügbaren Ressourcen.

Die Notwendigkeit des Haushaltens und Vermeidens von weiteren Belastungen der Erde mit Schadstoffen ergibt sich aus der bisherigen Übernutzung von Ressourcen und den menschengemachten Umweltbelastungen. In diesem Jahr 2016 war der sogenannte „Earth overshoot day“, also der Tag, ab dem wir auf der Erde mehr Ressourcen verbrauchen als langfristig verträglich ist, der 8. August – innerhalb eines Kalenderjahres eine ganze Woche früher als 2015. Das allein ist schon besorgniserregend. Im Klartext heißt das, dass wir Menschen bei unserem heutigen Lebensstandard in den Industrieländern Jahr für Jahr die Ressourcen von nahezu zwei Erden verbrauchen.

Wenn nun aber alle Menschen auf der Erde genauso leben würden wie wir in Deutschland, würden wir sogar vier Erden brauchen. Täglich werden auf der Welt 220.000 Kinder mehr neu geboren als Menschen sterben (das sind die Einwohnerzahlen von Freiburg bzw. Krefeld), Jahr für Jahr wächst die Weltbevölkerung um 80 Millionen, bekanntlich die Einwohnerzahl Deutschlands. Schon weil die demographische Entwicklung auf 10 Milliarden Menschen im Jahr 2050 zutreibt und zugleich per Smartphone immer mehr Menschen wissen, wie wir in Europa leben und auch so leben wollen, ist ein schnelles Umsteuern überlebenswichtig.

Bisher reichen offenkundig die Wissens- und Könnenszuwächse der Menschen – so eindrucksvoll diese auch sind – nicht aus, um ohne Schäden für Umwelt, Natur und Mitmenschen eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen. Das hat viel mit dem sogenannten „Rebound-Effekt“ zu tun. Immer wenn z.B. Autos weniger Kraftstoff verbrauchen, fahren die Menschen mehr, auch weil sie glauben, es sich reinen Umweltgewissens erlauben zu können. Diese Effekte scheinen andererseits erfreulicherweise immer mehr Menschen wachzurütteln. Sondiert man jedoch etwas tiefer, stellt man sehr schnell fest, dass der Anschein trügt. Weitaus mehr Menschen haben konkrete Angst vor einem Einbrecher als vor der absehbaren allgemeinen Verschlechterung der Lebensverhältnisse. Das erinnert daran, dass nicht wenig Menschen einen schnellen Gelderwerb einer mühsameren zusätzlichen Ausbildung mit Chancen auf ein später höheres Einkommen vorziehen.

Politisch sind sich allerdings inzwischen alle Verantwortlichen einig, dass es um die Durchsetzung von mehr „Nachhaltigkeit“ im Leben und Wirtschaften gehen muss, will man den globalen Kollaps verhindern. Das Inkrafttreten des Pariser Klimaschutzabkommens von Ende 2015 nach Unterzeichnung durch eine ausreichend große Zahl von Staaten ist ein hoffnungsvolles Zeichen in dieser Hinsicht. Akzeptiert ist heute, dass die Definition von Nachhaltigkeit nicht nur ökologische sondern auch wirtschaftliche und soziale Aspekte umfasst. Es geht letztlich um ein neues globales Kulturverständnis. Das wächst hier und dort, aber angesichts der dramatischen Entwicklungen viel zu langsam.

Der Appell, den die Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 2015 an alle politischen Entscheidungsträger, alle Institutionen der Zivilgesellschaft und des Privatsektors, letztlich an die Weltbevölkerung insgesamt gerichtet hat, trägt den Titel „Agenda 2030“ und beschreibt in 17 Feldern Handlungsziele für eine nachhaltige Entwicklung der Welt (Sustainable Development Goals, kurz SDGs). Die Ziele für 2030 sind: Armut beenden, Ernährung sichern, Gesundheit stärken, hochwertige Bildung für alle realisieren, Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklichen, Zugang zu sauberem Wasser ermöglichen, weltweit erneuerbare Energie erzeugen, menschenwürdige Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen, Innovation und sozial verträgliche Industrialisierung ermöglichen, Ungleichheiten überwinden, lebenswerte Städte und Siedlungen schaffen, nachhaltig produzieren, handeln und konsumieren, Klima umfassend schützen, Frieden und Rechtsstaatlichkeit fördern, neue globale Partnerschaften zur Umsetzung der SDGs aufbauen.

Manch einer hier im Saal sagt sich vielleicht, gut und schön, aber was geht das mich und mein Unternehmen an? Die Antwort ist sehr einfach: Es hängt nicht nur die friedliche Zukunft der Menschheit von positiven Entwicklungen auf all diesen Feldern ab, sondern all diese Felder sind künftig auch für die Entwicklung, für die Marktchancen jedes einzelnen Unternehmens

existentiell. Für Sie als Verantwortliche ist der prüfende Blick ins eigene Unternehmen selbstverständlich, aber es muss das Wissen über globale, EU-weite und nationale Entwicklungen als zweite Haut dazukommen.

Die SDGs bedeuten einen Paradigmenwechsel. Sie richten sich erstmals an alle Staaten der Welt nicht mehr nur an die Schwellen- oder Entwicklungsländer wie die früheren Millenniums-Ziele. Die SDGs sind keine Blaupause für alle Staaten -die kann es nicht geben. Die Ziele gelten für alle. Aber jeder Staat soll selbst festlegen, wie er die einzelnen Ziele erreichen will. Eine Arbeitsgruppe der UN beschließt Indikatoren zur Messung der nationalen Schritte. Darüber und über die Fortschritte bei der Erreichung der selbstgesetzten Ziele soll künftig international transparent Rechnung abgelegt werden. Die Bundesregierung hat deshalb vor einem Jahr beschlossen, die nationale Nachhaltigkeits-Strategie im Lichte der UN-Beschlüsse zu überarbeiten. Schon jetzt ist vorentschieden: Die Bundesregierung wird im Interesse einer besseren internationalen Vergleichbarkeit die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf die 17 Felder der „Agenda 2030“ umstellen.

Federführend für die Überarbeitung der neuen Strategien ist in Deutschland der Staatssekretärs-Ausschuß für nachhaltige Entwicklung unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramtes, Minister Peter Altmaier. Ende Mai dieses Jahres wurde ein erster Entwurf zur Nachhaltigkeitsstrategie 2016 vorgelegt, zu dem ausgewählte Verbände aus Zivilgesellschaft und Privatsektor wie auch die Länder und Kommunen in einer mündlichen Anhörung Ende Juni Stellung genommen haben. Weitere Stellungnahmen konnten schriftlich eingereicht werden. Zur Zeit werden die Stellungnahmen ausgewertet und der Entwurf überarbeitet. Er soll dann im Winter 2016/17 vom Bundeskabinett beschlossen und veröffentlicht werden. Dieser Prozess kann ohne falsche Bescheidenheit für sich Dialog und Transparenz als Leitprinzipien in Anspruch nehmen und hat international Vorbildcharakter.

Auch wenn wir manche Einzelheiten für Zielvorgaben und Indikatoren erst nach Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie durch das Bundeskabinett kennen werden, tun alle Unternehmen gut daran, sich jenseits aller bestehenden ohnehin einzuhaltenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse auf diese strategischen Vorgaben rechtzeitig einzustellen.

Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist deshalb so komplex und schwierig zu erarbeiten, weil alle Aspekte von Nachhaltigkeit, ökologische, ökonomische und soziale, letztlich auch kulturelle, mitbedacht werden müssen. Die späte und manchmal noch immer zögerliche Mitarbeit der Wirtschaft mag darin begründet sein, dass die Debatten über Nachhaltigkeit viele Jahre nur von Umweltvertretern geführt worden sind, oftmals unter Verweis auf böse (aber in der Regel zutreffende) Beispiele von Umweltschädigungen durch fahrlässigen Umgang mit Abfallprodukten oder Raubbau von Ressourcen. Aber der Wandel im Denken hat die Gesellschaft längst in der Breite erfasst, wenngleich oft noch nicht im Handeln. Wenn Veränderung mit der Sprache beginnt, dann ist immerhin bemerkenswert, dass das stolze Sprichwort aus dem 19. Jahrhundert „Der Schornstein raucht“ aus der Positivisten wirtschaftliche Tätigkeit verschwunden ist.

Die Umweltaktivisten haben sich bei ihren öffentlichen Aktionen ein Prinzip der Medien zunutze gemacht: Das Bild eines Wasserhahns, der tropft, ist interessanter als eine Statistik, dass 999 Hähne nicht tropfen. Leider ist aber auch wahr: Schon ein Tropfen Tinte versaut den Liter Milch. Dennoch erstaunt die defensive Haltung der Wirtschaft, gehört es doch seit eh und je zum Eigenverständnis von Unternehmen, sparsam mit Rohstoffen umzugehen und

Betriebsunterbrechungen durch Schäden im Produktionsablauf zu vermeiden. Innerbetrieblich sind entsprechende Erfolge unverkennbar. Das Vermeiden von schädlichen Drittwirkungen, die schließlich zumindest medial auch die Kunden erreichen, muss vielfach noch gelernt werden.

Teil der internationalen Diskussion ist, dass tragfähige Nachhaltigkeit nur durch konstruktive Mitwirkung von Akteuren auch aus der Wirtschaft und dem Sozialsektor zu erreichen ist. Das machen z.B. die Formulierungen in SDG 8 „Menschenwürdige Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ deutlich. Sie zeigen auch einen gravierenden Unterschied der innerdeutschen zur internationalen Diskussion. In Deutschland ist ja des Öfteren von der „Post-Wachstums-Phase“ als Antwort auf die zunehmenden Umweltbelastungen die Rede. Global ist jedoch breite Mehrheitsüberzeugung, dass die Probleme nicht ohne Wachstum zu lösen sind. Jede andere Strategie wird als neokoloniales Gouvernantentum empfunden, mit dem der globale Süden nur in weiterer Abhängigkeit gehalten werden soll. Zugleich wissen wir: Immer mehr vom Gleichen, ist gewiss auch keine Lösung. Eine Brücke in die Zukunft können auf Forschung und Entwicklung beruhende Innovationen für ein qualitatives statt bloß quantitatives Wachstum sein. Auf diesem Feld liegen große Chancen gerade für die deutsche Wissenschaft und die Wirtschaft – auch durch internationale Kooperationen.

Die Stellungnahme des Rates für nachhaltige Entwicklung zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung fordert für die Umsetzung der SDGs eine Dreisprung-Strategie:

mehr Nachhaltigkeit in Deutschland für Deutschland;

mehr Nachhaltigkeit in Deutschland für die Welt und

mehr Nachhaltigkeit durch Deutschland in anderen Ländern durch Kooperation oder Förderung entsprechender Projekte.

Sie werden in den zwei Tagen dieses Umweltgipfels in den sieben Themenblöcken von ausgewiesenen Fachleuten umfangreiche Hinweise zur Auslegung und Anwendung bestehender Gesetze, Verordnungen und Erlasse hören. Mein Ziel heute Morgen ist es in erster Linie, Sie sensibilisieren zu machen für die größeren Zusammenhänge, in denen diese Vorschriften stehen und auf Entwicklungen hinzuweisen, die sich schon jetzt abzeichnen.

Umweltministerin Barbara Hendricks hat in ihrem Grußwort für den Umweltgipfel 2016 unter anderem darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung ein Gesetz zur Stärkung der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen erarbeite. Darin wird es – analog zur jährlichen finanziellen Berichterstattung – insbesondere um Informationen zum Ressourceneinsatz und zur Ressourceneffizienz von Produkten und Dienstleistungen gehen. Schon seit fast 20 Jahren liegen Grundsätze, Standards und Leistungsindikatoren zu einer solchen Berichterstattung seitens der Global Reporting Initiative, GRI, wie auch seitens der European Federation of Financial Analysts, EFFAs, vor.

Die EU fordert mit der Richtlinie 2014/95/EU ab 1.1.2017 die Unternehmen und Gesellschaften mit mehr als 500 Mitarbeitern bzw. einer Bilanzsumme von mehr als 20 Millionen Euro bzw. einem Nettoumsatz von mehr als 40 Millionen auf, ihre nichtfinanziellen Leistungen in den Bereichen Umwelt, Gesellschaft, Mitarbeiter, Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und Vielfalt in Führungsgremien offenzulegen. Im Fokus stehen damit Unternehmen, die an der Börse notiert sind oder Anleihen ausgeben. Indirekt sind aber

auch alle mittelständischen und nicht börsennotierten Unternehmen betroffen. Schon bisher haben doch die Konzerne ihre Garantiepflichten auf ihre Zulieferer verlagert. Warum sollte das morgen anders sein?

Um für die Unternehmen Klarheit und Übersichtlichkeit in die Menge neuer Umweltauflagen zu bringen, hat der Rat für nachhaltige Entwicklung Ende 2011 nach einem intensiven Dialog mit interessierten und betroffenen Unternehmen den „Deutschen Nachhaltigkeitskodex“ (DNK), beschlossen. Dieser Vorschlag stößt nicht nur in anderen EU-Mitgliedsstaaten sondern beispielsweise auch in Japan und Israel auf großes Interesse. Der RNE hat der Bundesregierung inzwischen vorgeschlagen, gesetzlich zu regeln, dass Entsprechenserklärungen zum DNK als Erfüllung der erwähnten EU-Richtlinie gelten. Dadurch könnte verhindert werden, dass die Unternehmen mit einer Fülle unterschiedlicher Berichte belastet werden.

Was ist Inhalt des DNK? Einzelheiten können Sie gern in der einschlägigen Broschüre nachlesen. Wörtlich heißt es in der Präambel: „Der DNK ist ein Vergleichsrahmen für Nachhaltigkeitsmanagement.“ Der DNK führt 20 Kriterien zum Überprüfen von Nachhaltigkeit auf. Das Kapitel „Strategie“ umfasst die Kriterien: Strategische Analyse und Maßnahmen, Wesentlichkeit, Ziele und Tiefe der Wertschöpfungskette. Das Kapitel „Prozessmanagement“ umfasst die Kriterien: Verantwortung, Regeln und Prozesse, Kontrolle, Anreizsysteme, Beteiligung von Anspruchsgruppen sowie Innovations- und Produktmanagement. Das Kapitel „Umwelt“ umfasst die Kriterien: Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen, Ressourcenmanagement und klimarelevante Emissionen. Das Kapitel „Gesellschaft“ umfasst die Kriterien: Arbeitnehmerrechte, Chancengerechtigkeit, Qualifizierung, Menschenrechte, Gemeinwesen, politische Einflussnahme sowie gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten.

Die Entsprechenserklärung zum DNK setzt sich aus textlichen und zahlenmäßig belegten Leistungsindikatoren zusammen. Um die Berichterstattung zu erleichtern, wird für den DNK eine Eingabehilfe als Online-Tool zur Verfügung gestellt. Den Erklärungen liegt das Prinzip „comply or explain“ zugrunde, d.h. die Unternehmen berichten über die erreichte Datenlage oder sie erklären Abweichungen oder Fehlstellen. Auch solche Fehlstellen können für die Informationsnutzer für Einschätzungen, wo ein Unternehmen steht, wichtig sein.

Inzwischen gehen Banken und Versicherungen mehr und mehr dazu über, bei der Vergabe von Krediten bzw. der Festsetzung von Policen, die Unternehmen auch auf die Qualität ihres Umweltmanagements und ihre Selbsteinschätzung hinsichtlich der Abhängigkeit von Umwelteinflüssen in der gesamten Wertschöpfungskette, einschließlich der Vorlieferanten, zu überprüfen. Unabdingbar für die Belastbarkeit von Unternehmensdaten ist wiederum ein betriebsinternes Monitoring, das transparent und somit nachprüfbar klar definierten Regeln folgt.

Ein weiteres Indiz für die Unausweichlichkeit eines so erweiterten Geschäftsberichts ist, dass der Dachverband der nationalen Verbände der europäischen Finanzanalysten, EFFAS, seine Leistungsindikatoren mit dem Ziel entwickelt hat, Umwelt, Gesellschaft und Governance besser in die Berichterstattung an die Kapitalmärkte und in die Praxis der Finanzdienstleistungen zu integrieren.

Zur Konkretisierung der Kriterien des DNK wird in Erläuterungen auf eine Auswahl von Leistungsindikatoren aus GRI G4 bzw. EFFAs hingewiesen, und zwar sowohl für Kriterien

im Kapitel Prozessmanagement wie für Kriterien in den Kapiteln Umwelt und Gesellschaft. Für eine klassische betriebswirtschaftliche Betrachtung ist es sicher ungewöhnlich, dass neben Indikatoren wie Anteil aller Lieferanten und Partner innerhalb der Lieferkette oder Angaben zur Vergütungspolitik, zum Energie- und Wasserverbrauch, zum Anteil des Abfalls, der recycelt wird, und den Treibhausgasemissionen, eben auch Angaben zu Arbeitnehmerrechten, zum Anteil weiblicher Vollzeitarbeitskräfte gemacht werden sollen, ebenso zu neuen Lieferanten und Standorten, die anhand von Menschenrechtskriterien überprüft wurden, wie auch Angaben zu gesetzes- und richtlinienkonformem Verhalten.

Die Manipulation von Software bei Abgasfiltern von VW-Dieselfahrzeugen ist ein kriminelles Musterbeispiel für Gesetzesverstöße, die ein Unternehmen schneller in die Krise bringen können als schwankende Absatzzahlen. Wenn jetzt noch zusätzlich Bosch auf die Anklagebank kommt, dann laufen die gesamte deutsche Automobil- und die Zuliefererindustrie Gefahr, in die Ecke windiger Geschäftemacher gestellt zu werden. Machen wir uns nichts vor: Letztlich beschädigt ein solcher Vorgang das Gütesiegel „Made in Germany“.

Es ist bedauerlicherweise auch abzusehen, dass Vorgänge dieser Art den Gesetzgeber veranlassen werden, im Interesse von mehr Verbraucherschutz die Kontrollschrauben weiter anzuziehen. Wer will, dass der Staat bzw. seine Kontrollinstanzen nicht immer stärker in die Produktionsprozesse selbst kontrollierend und regulierend eingreifen, der muss für lückenlose innerbetriebliche Kontroll- und Revisionsinstanzen sorgen.

Eine Nebenbemerkung erlaube ich mir in diesem Zusammenhang auch: Die Dieselfaffäre von VW zeigt, dass die USA im Zweifelsfall schärfere Sanktionsmechanismen und Entschädigungsregeln haben als wir in Europa. Europa lebt von lautstarken Appellen – mehr ist nicht drin, auch wenn inzwischen sogar der ADAC den USA vergleichbare Sanktionsmechanismen fordert. Man kann sich nur wundern, wie verquer angesichts der Tatsachen die Diskussion über CETA, TTIP und Verbraucherschutz in Deutschland läuft. Doch zurück zu unserem Thema.

Die Richtung ist klar: Es zählen schon heute nicht mehr nur herkömmliche Bilanzzahlen allein. Das Gesamtverhalten eines Unternehmens in Markt und Gesellschaft muss transparent und vertrauenswürdig sein.

In vielen Untersuchungen wird übrigens darauf hingewiesen, dass die umweltgerechte Aufstellung eines Unternehmens maßgeblich davon abhängt, ob sich die Unternehmensspitze eine solche Zukunftsorientierung zu eigen macht. Es ist das Zusammenspiel zwischen Führungs- und operativer Ebene notwendig. Geschieht das nicht, dann bleibt auch den Umweltbeauftragten durchgreifender Erfolg versagt. Wenn kein gemeinsames Operieren erfolgt, bleibt alles Agieren oberflächlich. Öffentlichkeit und Kunden aber haben ein feines Gespür dafür, ob umweltfreundliche Positionen den Charakter eines Unternehmens bestimmen oder nur PR-Kulisse darstellen.

In Deutschland gibt es inzwischen wohl weitgehenden Konsens, dass wir alle angesichts des Raubbaus, den wir an unseren ererbten Ressourcen getrieben haben, umsteuern müssen. Aber Wissen und Handeln stimmen dabei sehr oft nicht überein. Ein Beispiel für viele: 82% der Bevölkerung anerkennen die Zukunftsnotwendigkeit von erneuerbaren Energien, aber nur 17% beziehen Strom aus erneuerbaren Quellen. Man muss sehr nüchtern feststellen, dass

angeblich repräsentative Umfrageergebnisse oder papierne Bekenntnisse in der Regel nicht einmal die halbe Miete sind. Aber sie sind dennoch ein Anfang.

Verantwortliches Handeln kann sowohl auf Eigeninteresse als auch auf ethischen Ansprüchen aufbauen. Beide Aspekte gehören miteinander verbunden. Manche Erklärungen werden vielleicht zunächst nur aus Marketinggründen abgegeben, aber sie entfalten doch Wirkung, nicht zuletzt weil nach Instrumenten der Kontrolle, nach Monitoring-Ergebnissen gefragt wird – im Betrieb von den Mitarbeitern, in der Öffentlichkeit von Bürgern und Journalisten und von – Finanzanalysten.

Die Motivlage bei der Einführung von Umweltvorgaben ist eher sekundär. Es wird in jedem Fall eine dynamische Entwicklung in Gang gesetzt. Dabei betonen die einen mehr die Verpflichtung und die Verantwortung, die Unternehmen in unseren wohlhabenden Industrienationen haben, Vorbilder bei der Suche nach Lösungen zu sein, die anderen betonen die Chancen, die darin für unsere Wirtschaft liegen. Beide Motivlagen treiben die Umstellung der Wirtschaft voran. Ich nenne nur die Initiative B.A.U.M., den Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewusstes Management, der auf bald 25 Jahre Wirken zurückblicken kann, wie auch die Stiftung 2 Grad, eine Initiative von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmen.

Es war schon immer eine klassische unternehmerische Aufgabe, den Einsatz von Rohstoffen und Material aller Art zu optimieren. Neu ist jetzt für ein Unternehmen, das sich wirklich nachhaltig aufstellen will, dass nicht nur das Kerngeschäft auf Wasser-, Energie- und Rohstoffeinsparung und alternative Betriebsabläufe abgeklopft werden muss, sondern die gesamte Wertschöpfungskette einschließlich der vor- und nachgelagerten Bereiche – mitsamt solcher in Entwicklungs- und Schwellenländern. Damit rücken die Aktivitäten der Lieferanten wie der Kunden in den Blick.

Ressourcenschutz, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft sind eben nicht nur Stichworte für allgemeine Rahmengesetze, sondern auch Aufgaben für den betrieblichen Alltag. Bei der Erörterung der Einzelaspekte in den Themenblöcken wird dieses Zusammenwirken zwischen staatlichen Vorgaben und praktischer Umsetzung sicher noch eine große Rolle spielen.

Die erste Äußerung, die mir entgegengehalten wird, wenn ich auf die intensiven gegenseitigen Beeinflussungen von betriebs- und volkswirtschaftlichen Aktivitäten hinweise, ist oft, dass nun wieder von neuen Belastungen für Produktion oder Dienstleistung die Rede sei, ohne Rücksicht auf die allgemeine Wettbewerbssituation. Wer dies so empfindet, sollte besser schnell ein zweites Mal nachdenken, zumal Ihnen ein Sprichwort sehr bekannt vorkommen dürfte: „Wenn der Wind weht, kann man versuchen, sich durch Mauern zu schützen. Aber besser ist es, Mühlen zu bauen, um den Wind zu nutzen.“

Auf europäischer Ebene wird inzwischen schon nach diesem Motto gehandelt. So hat der Wirtschafts- und Sozialausschuß der EU Ende Mai dieses Jahres in Brüssel eine erste Tagung abgehalten mit dem Titel „How to make sustainability Europe’s business?“. Da ich dort für den RNE vorgetragen habe, kann ich Ihnen versichern, bei dieser Tagung wurde von keinem der anwesenden Wirtschaftsvertreter über Umweltauflagen geklagt, sondern alle waren sich einig, dass auf die europäischen Unternehmen weltweit sehr gute Geschäftsaussichten warten, wenn sie nur die Chance nutzen, in dem riesigen Markt rechtzeitig aktiv zu werden. Sie alle wissen, technologische Fortentwicklungen sichern seit eh und je den Bestand von Unternehmen – und Technologietransfer auch im Umweltschutz den Standort Deutschland.

Für die Teilnehmer der Brüsseler Tagung aus Politik, Zivilgesellschaft und Privatsektor waren beim der Diskussion der wirtschaftlichen Zukunft weniger die bestehenden oder in Kürze zu erwartenden Umweltvorschriften im Blick als vielmehr die großen Chancen, die sich aus weltweiten Vereinbarungen bzw. Verpflichtungen etwa im Energie- oder Wasserbereich ergeben. Zugleich bestehen keine Zweifel, dass es in diesem Markt nicht nur um Produkte gehen wird, sondern auch um Dienstleistungen und Planungsaufgaben. Wenn z.B. in SDG 11 ausdrücklich Städte und Siedlungen als ein Zielfeld bezeichnet werden, ist das Potential, das sich in Deutschland auf diesem Feld in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, ein Trumpf sondergleichen – zumal die große Zahl der Städtepartnerschaften hier durchaus auch im Verbund mit Privatsektor und Zivilgesellschaft genutzt werden kann.

Zurück zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, auch wenn sie bisher nur im Entwurf vorliegt. Sie erinnern sich daran, dass drei Dimensionen angesprochen werden:

Erstens: Nachhaltigkeit in Deutschland für Deutschland;

Zweitens: Nachhaltigkeit in Deutschland für die Welt;

Drittens: Nachhaltigkeit durch Deutschland in anderen Ländern durch Kooperation oder Förderung.

Der Strategieentwurf der Bundesregierung gibt einige Aufschlüsse darüber, auf welchen Feldern im Licht der SDGs Herausforderungen und Chancen liegen. Natürlich ist die Relevanz der einzelnen SDGs für Deutschland sehr unterschiedlich, zu beachten ist aber, dass sie untereinander vernetzt sind. Auch kann man mit Fug und Recht sagen, dass dort, wo bei uns keine so gravierenden Probleme bestehen, wir in der Vergangenheit Lösungen gefunden haben, die für andere Länder nützlich sein können.

Im Zusammenhang mit einem positiven Bekenntnis zu wirtschaftlichem Wachstum strebt die Bundesregierung an, „den Einsatz wirtschaftlicher Ressourcen stärker von der wirtschaftlichen Entwicklung zu entkoppeln, die Effizienz fortlaufend zu steigern und perspektivisch die Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen zu reduzieren....Deutschland soll ...zu einer der effizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften weltweit werde. Darüber hinaus soll der Wandel von einer überwiegend auf fossilen und endlichen Rohstoffen basierenden Wirtschaft zu einer zunehmend auf erneuerbaren und nachwachsenden Rohstoffen beruhenden Wirtschaft gestärkt werden.“ (Entwurf S. 126) Das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung, im Zuge dieses Prozesses auch die Importe in einen volkswirtschaftlichen Indikator einzubeziehen, wird noch viel Mühe bereiten, dient allerdings der Ehrlichkeit der Daten.

Der Rat für nachhaltige Entwicklung sieht eine große Herausforderung in dem Ziel, „Deutschland als Rohstoffland“ zu entwickeln. Ausgangsüberlegung ist, dass Vieles, was wir heute abschätzig Abfall nennen, in Wahrheit Wertstoffe enthält, die wir nutzen können – und sollten. Eric Schweitzer, Co-Chef der Alba-Group und zugleich Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages DIHK sagt in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (31.5.2016): „In Müll steckt großes Potential. Wir deponieren und verbrennen in Deutschland immer noch 18 Millionen Tonnen Abfall pro Jahr und vernichten damit endgültig wertvolle Rohstoffe. Gleichzeitig verursachen wir damit jede Menge schädliche Treibhausgase.“ Man sollte sich auch nicht durch Nennung hoher Recyclingquoten täuschen

lassen. Diese geben in der Regel nur den Input von Abfällen in die Sortierung an, nicht den tatsächlichen Output an Recycling.

Künftige Bundesregierungen müssen mit Sicherheit noch intensive Anstrengungen unternehmen, eine Strategie für den Rohstoffsektor zu entwickeln. Notwendig sind transparente, zielgenaue, stoffstrombezogene Kenngrößen. Eine an der Maßgabe der Ressourcenschonung ausgerichtete Kreislaufwirtschaft umfasst somit sowohl die absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs, die Kreislaufführung von Rohstoffen, eine Veränderung der Produktionsmuster bzw. -designs sowie Forschung und Innovation im Hinblick auf neue Produkte und Produktzyklen. Gekoppelt werden soll das mit dem Anspruch, eine Vorreiterrolle in Europa einzunehmen wie auch bei der Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Auf die Mitarbeit daran werden sich die Betriebe einstellen müssen.

Der Rat für nachhaltige Entwicklung hat seine „große Vision“, „Wie Deutschland zum Rohstoffland wird“, 2011 vorgelegt. Ausgehend davon, dass die Knappheit von Rohstoffen eine Grenze für das Wirtschaften und den Konsum darstellt, wird festgestellt, dass eine bloße Intensivierung von Explorationstätigkeiten und ein leichter Zugang zu Primärrohstoffen den Anforderungen an eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft nicht gerecht wird. Es müsse zu einer absoluten Reduktion des Verbrauchs nicht erneuerbarer Rohstoffe und der Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Rohstoffverbrauch kommen. Eine integrierte Rohstoffstrategie muss nicht nur der begrenzten Verfügbarkeit und wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen Rechnung tragen sondern auch der Tatsache, dass immer mehr ressourcenintensive Prozesse ins Ausland verlagert werden oder dort schon seit längerem stattfinden.

Mit dem Instrument der „erweiterten Produktverantwortung“ wird der Hersteller für seine gesamte Wertschöpfungskette verantwortlich, von den Vormaterialien bis zum Abfall. Neben den Produzenten tragen damit aber Handel und Verbraucher ebenfalls eine eigene Verantwortung. Im Zusammenhang mit Stadtentwicklung geht es beispielsweise um Deponierung riesiger Mengen an Siedlungsabfällen, die jährlich weit über 100 Millionen Tonnen Emissionen von CO₂ bedeuten. Das diskutierte Verbot der Deponierung von organischen Siedlungsabfällen wird zusammen mit neuen europäischen Regeln für die energetische bzw. stoffliche Verwertung erhebliche Auswirkungen auf den gesamten Bau- und Logistiksektor haben.

Die konkrete Vision ist eine 100%ige Kreislaufführung der Stoffe innerhalb der Grenzen physikalischer Gesetzmäßigkeiten, wobei diese Grenze bei vielen Technologiemetalle bereits bei 70-80% liegt. Ziel ist dennoch der weitgehende langfristige Verzicht auf den Verbrauch endlicher, nicht erneuerbarer Rohstoffe. Das erfordert den Aufbau eines zwischen den Beteiligten in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft abgestimmten Nachhaltigkeitsmanagements. Auch in Deutschland fehlt dazu noch immer der gesetzliche Rahmen. Die Hoffnung auf ein konsequentes Wertstoffgesetz hat bisher getrogen. Zustande gekommen ist stattdessen jetzt der Entwurf eines Verpackungsgesetzes. Die tiefe Zerstrittenheit zwischen Kommunen und privater Wirtschaft hat offenkundig bis heute einen großen Wurf verhindert.

Die kommunale Seite will bekanntlich das duale System abschaffen und selbst den ersten Zugriff auf Wertstoffe aus privaten Haushalten haben. Die private Seite will dagegen die Produktverantwortung weiterentwickeln, damit Qualitätsanforderungen für alle am Markt

Tätigen gelten, egal ob privat oder öffentlich. Stärkere Produktverantwortung und alleinige Organisationsverantwortung der Kommunen schließen sich aus. Die Lenkungswirkung staatlicher Maßnahmen muss in den Vordergrund rücken nach dem Motto: Es soll weniger werden, und das Weniger in Kreisläufen. So könnte ein politisches Ziel werden, die Ressourcenproduktivität bis 2030 zu verdoppeln.

Unter den Aktivitäten der Bundesregierung, die im Strategieentwurf genannt werden, finden sich international die Bekämpfung von Kinderarbeit, der Aktionsplan „Action for fair production“, der „Vision Zero Fonds“ und das Ziel, das Thema Nachhaltigkeit in globalen Lieferketten noch stärker auf der globalen Agenda zu verankern, z.B. auf EU-Ebene, bei der OECD, im ASEM-Prozess oder im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft 2017.

National stellt die Bundesregierung etliche ihrer Programme unter das Oberziel, eine der effizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften der Welt zu werden. Ich denke dabei ausdrücklich an das Ressourceneffizienzprogramm, das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum, das Abfallvermeidungsprogramm sowie die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft. Hierfür wurde die Umsetzungsplattform Green Economy durch das BMBF gemeinsam mit dem BMUB gestartet. Als produktionsbezogener Indikator für die Rohstoffeffizienz der deutschen Volkswirtschaft dient der Bundesregierung künftig übrigens die „Gesamtrohstoff-Produktivität“, die - anders als beim bisherigen Indikator – neben den abiotischen auch biotische Rohstoffe beinhaltet, also solche, die durch Lebewesen gebildet werden. Damit wird das Gebot der sparsamen und effizienten Nutzung künftig auch auf diese Rohstoffe ausgerichtet.

Wer das vom BMUB im März 2016 veröffentlichte „Programm zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen“, kurz auch „Deutsches Ressourcenprogramm II“ genannt, einmal in die Hand nimmt, wird über Breite und Tiefe des Förderansatzes staunen. Es ist nun heute nicht meine Aufgabe, vor Ihnen auf einzelne Aspekte einzugehen. Mir ist es aber besonders wichtig, neben dem materiellen auch auf den instrumentellen Charakter dieses Programms hinzuweisen. Es heißt auf S.77 ausdrücklich als Ziel „Ressourceneffizienz bei der Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens auf nationaler Ebene berücksichtigen.“

Im Klartext: Wenn heute aus Steuermitteln gefördert wird, so soll das zwar kurzfristig im Wettbewerb auch Unternehmen helfen, aber im Kern soll damit das Gerüst für das Wirtschaften morgen vorprogrammiert werden. Wer heute die Förderprojekte sorgfältig liest und nutzt, der kann sich damit schon jetzt für die Zukunft besser aufstellen. Die Bundesregierung, so heißt es im Text wörtlich „wird weiterhin eine verstärkte Integration des Ressourcenschutzgedankens in geeignete Rechtsgebiete prüfen“ (S.77). Somit sind der Privatsektor wie alle Bürger und Institutionen direkt „vorgewarnt“, auch wenn der politische Streit, ob bzw. welche künftigen Regeln mit Verboten, Ordnungsrecht oder Lenkungsmaßnahmen durchgesetzt werden, damit nicht vorentschieden ist.

Am konkreten Beispiel des Textilbündnisses, in dem die Mitglieder nachweisen, dass sie sozial und ökologische Bündnisstandards in ihrer gesamten Lieferkette einhalten und darüber berichten, macht die Bundesregierung deutlich, wie sie sich die Umsetzung von Selbstverpflichtungen von Wirtschaftsunternehmen denkt. Analoge Beispiele lassen sich national wie international organisieren. Eine Linie bleibt dabei immer gleich: Festlegung von fachlich abgesicherten Indikatoren und transparentes Monitoring mit Berichtspflichten.

Das gilt auch für Kontrolle und Reduzierung von Abfallströmen und -mengen in Städten und Siedlungen. Hier anzusetzen ist deshalb so wichtig, weil wachsende Städte und Siedlungen Treiber des Material- und Flächenverbrauchs sind. Sie sind für 50% des Abfalls und 80% der CO₂-Emissionen verantwortlich und nehmen 75% aller natürlichen Ressourcen in Anspruch. Deswegen wird die schon erwähnte Frage einer Reduzierung von Baumaterialien und des Recyclings von Baustoffen nicht nur in der allgemeinen Verkehrsinfrastruktur eine zunehmende Rolle spielen, sondern gerade auch im Wohnungs- und Städtebau, der ja angesichts rasant wachsender Nachfrage nach Wohnungen vor deutlich steigenden Zahlen steht. Alle Baufirmen stehen dabei vor riesigen Herausforderungen – zugleich mit der Chance, Lösungen dann weltweit im Wettbewerb einsetzen zu können.

Nachhaltige Lösungen haben neben wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten auch immer soziale. International betrifft das oft allgemeine Menschenrechtsverletzungen wie fehlende Gleichstellung oder Kinderarbeit. In den letzten Jahren haben immer wieder tragische Unglücksfälle etwa in Bangladesh deutlich gemacht, dass Firmen mit weltweiten Lieferketten auch in einer weltweiten Verantwortung für Arbeitsplätze auch bei ihren Zulieferern und Vorlieferanten stehen.

Zwar ist in Deutschland die soziale Situation dank entsprechender Tarifverträge und gesetzlicher Regelungen im Arbeitsleben weniger umstritten, dafür laut Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung umso mehr in den Städten, wenn es um bezahlbaren Wohnraum, um Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Räumen sowie um die soziale Durchmischung von Quartieren und gleichwertige Bildungschancen geht.

Es gehört zur Verantwortung von Unternehmen -und ihren Verbänden und Vereinigungen-, sich nicht nur um alle Aspekte von Nachhaltigkeit in den eigenen Produktionsprozessen zu kümmern, sondern auch um die Entwicklung der Kommune, in der ein Betrieb seinen Sitz hat. Im Idealfall gehören Attraktivität eines Standorts, Qualität der Produkte und Motivation der Mitarbeiter zusammen. Je eindeutiger das Nachhaltigkeitsprofil eines Betriebes ist, desto motivierter werden seine Mitarbeiter sein. So arbeiten, dass es den nächsten Generationen Gewinn bringt und sie nicht belastet, macht den Stolz auf die eigene Firma aus, zumal dieses Empfinden auf das Privatleben bzw. die ganze Familie ausstrahlt.

Die meisten Auguren sagen beim Blick in die Zukunft, dass die Mauern zwischen den Sphären des Lebens, Arbeit, Freizeit, Wohnen, durchlässiger werden. Die Vernetzung wird zunehmen. Das gilt auch für Betriebe und Kommunen. Deshalb ist es für den Privatsektor so wichtig, zu verfolgen und mitzugestalten, was in den Städten passiert. Der Zuzug dorthin ist weltweit ungebrems bis hin zu einer neuen „Unwirtlichkeit“. Um dieser Entwicklung nicht tatenlos zuzusehen, gibt es, ausgehend von Asien, die von der UNESCO und verschiedenen Staaten initiierte Bewegung „Learning Cities“, der sich in Deutschland z.B. Gelsenkirchen angeschlossen hat. Die Idee, die dahintersteht, ist, Städte verändern immer dynamischer ihr inneres und äußeres Bild. Die Bürger, die Betriebe und auch alle Vereine und Institutionen sollen bei der Stadtentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit im Sinne von SDG 11 mitgenommen werden. Lebenslanges Lernen soll zum verbindenden Element zwischen Stadt, Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden.

In den Betrieben wird die Sicherstellung nachhaltiger Beschaffungs-, Verbrauchs- und Produktionsmuster immer wichtiger werden. Die Verantwortung der Betriebe in den

Industrieländern, über ihre Lieferketten auch zu positiven ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen in Schwellen- und Entwicklungsländern beizutragen, wird in der Konsequenz zu Monitoring-Verfahren dafür führen.

So wird etwa die Entwicklung von Indikatoren auf dem Weg zu nichtfossilen Gesellschaften nicht lange auf sich warten lassen. Das weltweit angestrebte Ende des fossilen Zeitalters wird jedenfalls rasch eine Vereinbarung über entsprechende Mess- und Kontrollverfahren erzwingen. Allen Unzulänglichkeiten und Widrigkeiten im Tagesgeschäft zum Trotz wird die Energiewende in Deutschland am Ende große Chancen für unsere Unternehmen auf den Weltmärkten eröffnen, denn bei uns müssen die Innovationen vorentwickelt werden, die die Welt braucht. Selbstkritisch muss man zugleich feststellen: Vieles könnte auf dem Weg zu einer nichtfossilen Zukunft erheblich unbürokratischer organisiert werden – wenn endlich der überfällige Masterplan für die Energiewende auf dem Tisch läge.

Sehr wahrscheinlich wird der Zeitdruck die globale Verständigung über einheitliche Umweltmanagement-Anwendungssysteme beschleunigen. Im Entwurf einer Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wird dem von der EU entwickelten Umweltmonitoring- und Betriebsprüfungs-System EMAS (Eco Management Audit System) eine hohe Bedeutung mit der Begründung zugeschrieben: „EMAS verlangt von jedem einzelnen teilnehmenden Unternehmen, dass es seine Umweltleistung stets verbessert und alle Rechtsvorschriften einhält.“ Das Messen von Kernindikatoren (u.a. Energie-, Material- und Ressourceneffizienz, Flächenverbrauch, Wasserverbrauch, Abfall, Emissionen), die öffentlich zugängliche Umwelterklärung sowie das öffentliche Register werden als beispielhaft angeführt. Zugleich ist klar, auch auf diesem Feld ist, wie schon vorhin ausgeführt, eine Vereinheitlichung der verschiedenen Fachansätze dringend geboten, denn Bürokratie und Vorschriftenwust haben wir schon heute genug.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal einen kurzen Blick auf die Auswirkungen konsequenter Umweltorientierung in Unternehmen auf die Finanzen richten. Vorhin habe ich ja schon darauf hingewiesen, dass Finanzanalysten heute generell die Positionierung eines Unternehmens in Umweltfragen in ihre Risikobeurteilung einbeziehen. Ohne zu übertreiben lässt sich sagen, je eindeutiger, transparenter und damit nachprüfbarer die Umweltlage eines Unternehmens ist, desto bessere Finanzierungsbedingungen wird es in Zukunft geben. Bereits jetzt haben die Finanzmärkte reagiert und preisen solche Informationen in den Börsenkurs ein.

Interessant ist ebenfalls, dass sich das Anlageverhalten von Fonds zu verändern beginnt. Es sind nicht nur große Staatsfonds wie der norwegische, der Billionen verwaltet, der Investments in Unternehmen mit fossilen Aktivitäten beendet, sondern es ist eine Vielzahl von Fonds aller Art, die bevorzugt auf nachhaltige Unternehmen setzen. Das Angebot an nachhaltigen Kapitalanlagen ist zumindest im europäischen Raum in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Mit der Vergabe eines entsprechenden Siegels sollen Transparenz und Qualität bewertet werden. Lange Zeit als „Gutmenschen-Fonds“ bespöttelt, schlagen einige der Fonds mit ihrer Performance inzwischen den DAX. So hat der in Hannover beheimatete Global Challenges Index (GCX) der NORD/LB AM in diesem Jahr sogar die European Funds Trophy 2016 gewonnen. Bewertet wurden Risiko und Performance innerhalb eines Zeitraums von 4 Jahren. Ende Februar 2016 war die Wertentwicklung dieses Fonds über die letzten 5 Jahre 81,2%. Das Fazit daraus ist: Gutes Gewissen und guter Gewinn schließen sich nicht aus.

Lassen Sie mich die Quintessenz aus all dem Gesagten ziehen: Bisher sind die Menschen im Großen und Ganzen damit über die Runden gekommen, dass sie „ihren kleinen Vorteil“ gesucht und gefunden haben. Konkret war das in der Regel ein Leben auf Kosten der anderen. Europa, seinen Unternehmen und seine Menschen haben in den letzten 500 Jahren von den Reichtümern anderer Regionen gelebt und gleichzeitig gezielt Risiken dorthin verlagert. Jetzt kommen die Menschen von dort zu uns, auch weil sie hoffen, wie wir leben zu können. Wir alle müssen begreifen, dass es kein weltgeschichtliches „Außen“ mehr gibt. Die Globalisierung ist ein Flechtwerk zwischen allen Regionen.

Das schafft neue Herausforderungen und Chancen für alle Unternehmen. Das gilt für Produktions- wie für Dienstleistungsbetriebe. Jeder ist aufgefordert, Nachhaltigkeit systematisch zum Leitprinzip unternehmerischen Handelns zu machen. Wer mit anpackt, sein Unternehmen so aufzustellen, kann mit großer Zuversicht an die Chancen der nächsten Generationen denken. Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind aufgerufen, ohne schuldhaftes Zögern die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Früher oder später wird die Marktentwicklung dorthin sowieso unausweichlich, weil es ums Überleben auf diesem Planeten geht. Jetzt das Handeln entsprechend umzustellen, ist sowohl ein Gebot kultureller Klugheit wie der Wahrung der ökonomischen Interessen des eigenen Unternehmens – ja der eigenen beruflichen Zukunft.

Deshalb bleibt mir nur, Ihnen allen Mut, Ausdauer und Kreativität bei dieser Weichenstellung Richtung Zukunft zu wünschen.